

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077,
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.

16. Jahrgang

Samstag, 24. Oktober 1936

Nr. 248



Staatliche Winterhilfe

Prag. Der Ministerrat hat am Freitag ähnlich wie im vergangenen Jahr für die bevorstehende Winterperiode Mittel zur Durchführung der Winteraushilfe für Arbeitslose durch Zuteilung von Kartons, sowie und einigen anderen Lebensmitteln genehmigt.

Genehmigt wurden auch Richtlinien für die Durchführung der Kohlenzuteilungsaktion für Arbeitslose aus den Widmungen der Staatsgruben und privaten Gewerke.

Weiters wurde genehmigt die Fortsetzung der staatlichen Erholungsaktion für die Kinder Arbeitsloser und kurzarbeitenden Familienerhalter für einen weiteren Zeitraum.

Kampfpause

vor Madrid?

Madrid. In Madrid ist man der Ansicht, daß die Aufständischen den allgemeinen Angriff gegen die Stadt nicht werden eröffnen können, solange nicht alle ihre Gruppen von Madrid annähernd gleich weit entfernt sind. An der Front bei Sigüenza sind die Aufständischen noch ungefähr 125 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Bevor sich alle Fronten ausgleichen, werde die Regierung Zeit zur Konzentration der Verteidigungskräfte haben. Zum Kommandanten aller Operationen der Regierungsmiliz ist General Ascensio ernannt worden.

Der Abendbericht der Regierung meldet, daß die Regierungstruppen im Abschnitt bei Guajalcan an der Südfont Castro del Rio befehligt und sechs Geschütze, sowie sieben Maschinengewehre erobert haben.

Kritische Stunden

Im Nichteinmischungsausschuß

London. Der sowjetrussische Botschafter in London Rajskij übergab Freitag dem Vorsitzenden des Nichteinmischungsausschusses Lord Plymouth eine Note, in der namentlich angeführt wird:

„Bei der ungerechten Situation, die im Zusammenhang mit dem Nichteinmischungsabkommen entstanden ist, kann sich die Regierung der Sowjetunion, indem sie sich auf ihre Erklärung vom 7. Oktober beruft, durch den Vertrag über die Nichtintervention nicht in größerem Maße gebunden fühlen als die anderen Vertragsstaaten“.

Der Sowjetbotschafter erklärte jedoch später, daß die Sowjetunion nicht beabsichtige, das Komitee für Nichtintervention zu verlassen.

Tagungen der Internationale in Paris

Paris. Das Präsidium des Internationalen Gewerkschaftsbundes trat in Paris zusammen (die Tschechoslowakei vertrat Abg. Lauerle) und beschäftigte sich mit aktuellen internationalen Gewerkschaftsfragen, so u. a. mit der Aufnahme der amerikanischen Gewerkschaftsdelegation in den Internationalen Gewerkschaftsbund. Der Stellvertreter des Generalsekretärs der Internationale, Stols, referierte über das günstige Ergebnis der Internationalen Woche der Gewerkschaftsjugend, die neuer im Sommer in der Tschechoslowakei in der Stadt Labor abgehalten worden war. Es wurde der Beschluß gefaßt, diese Internationale Jugendwoche im kommenden Jahre in Schweden zu veranstalten.

Montag treten in einer gemeinsamen Sitzung die Vorstände der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen, um sich mit der Festlegung einer internationalen Arbeiterolidarität dem spanischen Volke gegenüber zu befassen.

Das Investitionskomitee tagt

Dr. Hodža stellt weitere Hilfsmaßnahmen für den Export in Aussicht

Prag. Am Freitag trat im Sitzungssaal des Pressedepartements des Ministerratspräsidiums das vor kurzem ernannte Investitionskomitee zu seiner ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Dr. Hodža, der in einer längeren Kundgebung die Aufgaben dieser Beratungskörperschaft, die bei der Vergabe staatlicher Investitionsarbeiten die regionalen Interessen der einzelnen Gebiete zur Geltung bringen soll, umriß.

Der Ministerpräsident führte aus:

Die Konstituierung des Beratungskollegiums für die Investitionsarbeiten und der einzelnen regionalen Kommissionen desselben entspricht dem Bestreben, bei der Ausarbeitung der Investitionspläne auch die Bedürfnisse der einzelnen Gegenden zu berücksichtigen und auch ihre beratende Stimme zu hören. Es wird sich nicht darum handeln, auf Kosten der gesamtstaatlichen Notwendigkeiten einige Gegenden zu begünstigen, sondern einfach darum, im Rahmen dieser gesamtstaatlichen Investitionsbedürfnisse in entsprechender Weise auch die regionalen Gesichtspunkte geltend zu machen.

Es ist klar, daß wir durch bloße Investitionen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, namentlich in den industriellen Gegenden, nicht überwinden können. Auf dem inneren Markte ist jedoch eine regelmäßig aufgeteilte öffentliche Investitionstätigkeit ein wichtiger Stabilisierungsfaktor der Beschäftigung und auch des allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Fortschrittes.

Neben den öffentlichen Investitionen sind insbesondere in den industriellen Gegenden wirksamere Mittel notwendig, damit die frühere Hauptnährungsquelle wieder ergebnisreich zum Lebensunterhalt der Bevölkerung beitrage. In den Gegenden mit einer alten großen Exportindustrie, die verhältnismäßig besser mit Investitionen versorgt sind, kann die Investitionsaktion nur eine kleinere Ergänzung in der Reihe der wichtigeren Maßnahmen gegen die Krise bilden. Wir müssen vor allem bestrebt sein, die dortigen Arbeitslosen womöglich in der bisherigen Arbeit und in verwandten Produktionszweigen zu beschäftigen. Populär gesagt: Den beschäftigungslosen Glas- und Textilarbeitern helfen wir am besten durch den erhöhten Absatz von Glas und Textilien und nicht nur durch öffentliche Investitionen, bei denen wir notwendigerweise andere Arten von Arbeitern als die, die am meisten unter der Krise leiden, beschäftigen müssen.

Ich halte es für meine Pflicht, auf diese Grenzen der öffentlichen Investitionspolitik zu verweisen. Die Regierung, welche sich der Verantwortung gegenüber dem Schicksal dieser Gegenden voll bewußt ist, will die realen Mittel zur tatsächlichen Verrückung und Linderung der heutigen Krise anwenden. Deshalb wollen wir auch die Grenzen aller Hilfsmaßnahmen und ihre gegenseitigen Beziehungen kennen, um in den einzelnen Notstandsgebieten ein Maximum von Erleichterungen zu erreichen.

Bei der Industriekrise der nordböhmischen Notstandsgebiete müssen wir auch gut ausbehalten, welchen Anteil an den Ursachen dieser Krise die geänderten Verhältnisse in der Welt haben und wieviel dieser Ursachen in der eigenen technischen oder organisatorischen Mangelhaftigkeit eines Teiles dieser Industrie, z. B. eines Teiles der Textilindustrie, beruhen. Wenn wir wollen, daß die Konkurrenzfähigkeit solcher für den Wohlstand Nordböhmens wichtiger Gebiete voll wieder hergestellt werde, müssen wir unerbittlich alle Ursachen dort erforschen, wo wir eine gesunkene Konkurrenzfähigkeit antreffen. Es ist dies eine Aufgabe, welcher auch England bei der Hilfsaktion zugunsten der nordenglischen Notstandsgebiete nicht ausweichen konnte.

Daß unsere Bestrebungen zur Behebung der wirtschaftlichen Tätigkeit auch in denjenigen Gebieten, in denen die Krise am längsten anhält, wirksam sind, ist aus einer dieser Tage veröffentlichten Statistik ersichtlich: Der Ausweis der Landeszentrale für Arbeitsvermittlung für Nordböhmen in Reichenberg zeigt, daß die Zahl der arbeitslosen Personen im Bereich von 47 Bezirksgemeinschaften im September auf 100.682 Personen gesunken ist, was die niedrigste Ziffer seit November 1931 darstellt.

Daß wir der Krise der Ausfahrindustrien und der Ausfuhrgegenstände nicht unaktiv zusehen wollen, darüber liefern den besten Beweis einerseits die Bereitwilligkeit der Regierung, über eine Refundierung der Handelskassen zu verhandeln, andererseits unsere jüngsten Währungsmaßnahmen, die dazu beitragen sollen, der heimischen Exportindustrie die besten Bedingungen zu ihrem Kampf um die Beteiligung am Weltmarkt zu erwirken.

Wir haben heute einen doppelten Weg: Einerseits die öffentlichen Investitionen und dann

die Sorge um einige ganz besonders betroffene Zweige der industriellen Produktion und um deren Existenz und Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir müssen beide Wege gehen. Sowohl den, der der Ausfuhr hilft, als auch den, welcher dem inneren Markt durch die systematische Durchführung der öffentlichen Investitionen hilft.

Wenn wir die öffentlichen Investitionen ökonomisch durchdacht im Sinne der größten Zweckmäßigkeit und des sozialen Fortschrittes durchführen wollen, müssen wir sie nach einem bestimmten auf längere Zeit festgelegten Plan, dessen Realisierbarkeit eben durch nüchternen Realismus bedingt ist, durchführen.

Ihre Aufgabe, die Sie durch die Mitgliedschaft in der beratenden Investitionskörperschaft übernommen haben, ist nicht gering. Ich erlaube um Ihre Zusammenarbeit mit den einzelnen Organen der staatlichen Verwaltung, ich erlaube in gleicher Weise die anwesenden Vertreter der staatlichen Verwaltung, daß sie und ihre abwesenden Kollegen den Wünschen des Kollegiums, entsprechende Aufmerksamkeit und Sorgfalt anwenden, damit es auf diese Weise tatsächlich zu der erforderlichen Syntese zwischen den Investitionsbedürfnissen der einzelnen Gegenden und dem gesamtstaatlichen Investitionsplan kommt.

An die Ausführungen des Vorsitzenden der Regierung schloß sich eine längere Debatte, in der die Vertreter der einzelnen Länder ihrer Genugtuung über die Einsetzung dieser Körperschaft Ausdruck verliehen. In der Debatte sprach auch Genosse Rehwald, der dieser Kommission als Mitglied angehört.

Er betonte auf die Verschiedenartigkeit der einzelnen Gebiete unseres Staates, die ihre Begründung in dem verschiedenen Aufbau der Wirtschaft finden. Die Strukturveränderungen der Weltwirtschaft haben einzelne Gebiete, insbesondere jene, in denen die Exportindustrien zu Hause sind, außerordentlich schwer betroffen. An die Ausführungen des Ministerpräsidenten anknüpfend, der unter anderem auch auf gewisse gleichartige Erscheinungen der strukturellen Krise bei uns und in England zu sprechen kam, erklärte Genosse Rehwald, daß es in den Gebieten unserer Exportindustrie zahlreiche solche Notstandsgebiete gäbe, in denen die Industrie völlig zusammengebrochen ist und die Arbeitnehmer keine Hoffnung mehr haben, in ihren früheren Berufen wieder Erwerb zu finden. In diesen Gebieten müssen, soweit als möglich, Notmaßnahmen ergriffen werden. Dabei sei es notwendig die Vergabe solcher Arbeiten im Wege öffentlicher Aufträge und eines öffentlichen Wettbewerbes vorzunehmen und vor allem ortsanpassige Arbeitslose zu beschäftigen, damit die Not in diesen Gebieten im gesamtstaatlichen Interesse wirksam bekämpft werden könne.

Auf die Exportförderung übergehend, erklärte er, daß die Devaluation die Konkurrenzfähigkeit eines Teiles unserer Industrie auf einzelnen Teilen des Weltmarktes wohl erhöht habe, daß sie allein aber nicht hinreichend sei, um die Ausfuhr durchgreifend zu heben. Deshalb sei die Erklärung des Vorsitzenden der Regierung, daß nach wie vor die Bereitschaft vorhanden sei, auch über Steuerbefreiungen zu verhandeln, zu begrüßen. In manchen Industriezweigen werde aber die Gewährung einer noch weitergehenden Unterstützung der Ausfuhr nicht zu umgehen sein.

Diese Fragen, die für die Wirtschaft Nord- und Nordwestböhmens und für die gesamte Bevölkerung dieser Gebiete von außerordentlicher Wichtigkeit seien, müssen im Investitionskomitee, bzw. im Regionalkomitee für das Land Böhmen nicht nur vom Gesichtspunkte der regionalen Interessen, sondern auch im Interesse der gesamtstaatlichen Wirtschaft gründlich geprüft und studiert werden.

Die Sitzung beschloß die Einsetzung besonderer Regional-Ausschüsse für die einzelnen Länder. Jeder dieser Ausschüsse setzt sich aus den Mitgliedern des Investitionskomitees des betreffenden Landes zusammen. Die Einberufung dieser Regionalkomitees wird durch den Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung beim Ministerrat, Präsidium im Laufe der nächsten Zeit erfolgen.

Parteipolitik auf Kosten der Nation

Was wir gestern zu Ende unseres Leitartikels ausgesprochen haben, ist inzwischen in einer sehr konkreten Weise sprudelförmig geworden. Die Genleinstudenten haben sich durch die ersten Warnungen des Ministeriums nicht abhalten lassen, die Freitag-Vorlesung Professor Kellens von neuem zu stören und die Universität wieder zum Schauplatz von Prügeleien und nazifischen Kundgebungen zu machen. Das Ministerium hat dem Defanat, sowie es die Situation erkannte, bedeutet, daß die Sperrung der juristischen Fakultät mit allen Konsequenzen für die Hörer die Folge neuer Unruhen sein müßte, daß aber auch so nicht Schritte gegen die deutsche Universität erwohnen werden. Der Defan hat daraufhin, wohl um der behördlichen Sperre zuvorzukommen, die vorläufige Einstellung der Vorlesungen an der juristischen Fakultät verfügt.

Daß sich die Rechtsverhältnisse der deutschen Universität sozusagen in Schwere befinden, ist bekannt. Die Regierung erwägt seit langem einschneidende Eingriffe in die bevorrechtete Stellung der Professoren und Studenten, die sogenannte „Autonomie“ der Universität. Den Anlaß zu diesen Erwägungen, die in einer konkreten Vorlage Gestalt angenommen haben, gaben die seit Jahren immer wiederkehrenden Kravalle der deutschen reaktionären Studenten. Am gegenwärtigen Stadium kann die Disziplinslosigkeit der Studenten und die Unfähigkeit oder passive Resistenz der akademischen Behörden dazu führen, daß nicht nur die Vorlage Augenblids Weisung wird, sondern daß darüber hinausgehende Schritte erfolgen. Die kravallierenden Studenten, ihre Auftraggeber und ihre Beschützer scheinen nicht zu wissen, daß sie sich in einem Staat befinden, in dem wir immerhin eine nationale Minderheit sind, in einem Staat obendrein, der sich aus blinder Notwehr gegen den Nazismus zur Wehr setzen muß.

Die Hintergründe der Aktion wird man unschwer in der Absicht der SDP erkennen, ihre erschlitterte Position in der Studentenschaft auf Kosten des deutschen Kulturbesitzes wieder herzustellen. Die Opposition in der SDP war wie bekannt, größtenteils von den Studenten getragen. Diese Studenten haben sich auch keineswegs mit der SDP versöhnt, sie kriechen nicht zu Kreuze und ihre ablehnende Haltung hat dieser Lage erst zur Mandatsniederlegung sämtlicher leitenden Funktionäre der völkischen Studentenschaft geführt. Nun glaubt die SDP die Stunde gekommen, wo sie sich durch eine gewissenlose und für das Sudetendeutschum ungeheuer gefährliche Madau-Aktion bei den Studenten beliebt machen, diese von den sozialen und grundsätzlichen Fragen ablenken und sich selbst den Nimbus der radikalen Bewegung erwerben kann.

Es ist bezeichnend, daß jene nicht geringe Zahl völkischer Studenten, die den Kravallen fernblieben, zu den Oppositionellen, ehrlich „nationalsozialistisch“ gesinnten Gruppen von Weck und den „Rampold Gorenz“ gehören, während die Häufelführer der Kravalle linientreue Genleinstudenten sind!

Damit also die SDP die studentische Opposition niederschlage, werden die Rechtsverhältnisse der deutschen Universität und die Rechte der Studenten aufs Spiel gesetzt (wobei natürlich die üblen Auswirkungen vorzüglich die armen Studenten, nicht die wohlhabenden Bürgerkinder, treffen würden!).

Die Rolle des Defans Prof. Foltin war Freitag noch merkwürdiger als am ersten Tag der Kravalle. Durch seine, auch dem Ministerium gegebenen Verprechungen, erweckte Foltin den Eindruck, es sei nichts mehr zu befürchten. Die Art, wie er den Legitimationszwang übte und die Kriegslift, die Vorlesung im letzten Augenblick in einen anderen Saal zu verlegen, führten dazu, daß zwar die Madaubrüder ungestört die Korridore beherrschten konnten, jene Studenten aber, die zum Schutze der Vorlesung und, um Mitleid zu hören, erschienen waren, am Besuch der Vorlesung gehindert wurden. Ob Ab-



Dekan Prof. Foltin — der schlechte Strateg

sicht oder Ungeschicklichkeit — die Strategie des Herrn Foltin hat jedenfalls den Nobodies Freitag das Gelingen ihres Plans erst recht ermöglicht...

„Die Vorlesung, die Prof. Kelsen heute, Freitag, den 23. Oktober im Karolinum gehalten hat, ist vor circa 25 Hörern st. r. u. g. freit. vor sich gegangen.“

Auch der Rektor Starckenstein sucht übrigens die Standale zu begatellisieren, wodurch bei der Regierung und beim tschechischen Volk nur der Eindruck entsteht, daß die Professoren mit von der Partie sind.

Von den Pressekommentaren zu den Straßwallen ist besonders bemerkenswert der Titel, mit dem die „Gegerer Zeitung“ ihre Meldung verleiht: „Die Antrittsvorlesung des Prof. Kelsen — St. u. m. r. p. r. o. t. e. s. t. der Prager deutschen Studenten.“

Interessant ist auch, daß die „Zeit“ behauptet, die Demonstrationen richteten sich gegen die „Weltanschauung“ Prof. Kelsens, der keineswegs ein Marxist, sondern einer der schärfsten wissenschaftlichen Gegner des Marxismus und insbesondere der Marx-Engelschen Staatstheorie ist.

Kampf um die Volksfront auf dem radikalsozialistischen Parteitag

Die radikalsozialistische Kongress tagte in einer sehr feierhaften Stimmung. Er suchte in der Nacht auf Freitag und im Laufe des Tages vergeblich nach einer einigenden Formel für die Schlusresolution.

Eine charakteristische Erscheinung für den

Kongress ist der Umstand, daß außer dem Gruß mit der erhobenen Faust nach kommunistischer Art und dem Gruß mit der erhobenen Hand nach römischer Art, mit welchem die Anhänger der Linken oder konservativen Richtung der Partei ihre Ansichten und Sympathien zum Ausdruck bringen, zahlreiche Delegierte eine dritte Grußart gefunden haben: Halbgekreuzte Hände vor dem Kopf als Zeichen der Einigung.

Man glaubt, daß einerseits Herrio, andererseits ein dreigliedriger Sonderausschuß, bestehend aus Dalabier, Chautemys und Sarraut, das Einvernehmen dennoch herstellen werden.

Die Beratungen bei Hodža nehmen einen günstigen Verlauf

Prag. Offiziell wird gemeldet: Einige Blätter veröffentlichten Freitag die Nachricht von einer Sitzung der politischen Minister und Vorsitzenden der koalitierten Parteien beim Ministerpräsidenten und erwähnen auch die Ergebnisse dieser Beratungen.

Tschechische Blätter zur Krofta-Rede

Der „Venkov“, der noch wenige Stunden vor der Rede des Außenministers in den lauteften Trommelintönen die Revision unserer Außenpolitik gefordert hatte, ist nach Veröffentlichung dieser Rede etwas stiller geworden und hat die Hirtensföde hervorgeholt, der er nun sanfte Weisen entlockt.

Minister Krofta hat behauptet, er habe die Diskussion über die Außenpolitik verfolgt. Er hat sie schließlich allerdings unter bestimmten Voraussetzungen zugegeben, leider hat er aber in ihr nichts gefunden, was ihn überzeugt hätte, daß die bisherige Außenpolitik irgendeiner Veränderung bedürfte.

Dagegen betonen die Linksblätter, daß an eine Aenderung unserer Außenpolitik nicht zu denken sei. So schreibt in den „Lidové Noviny“ Hubert Nipla:

Gerade nach einem so klaren und bestimmten Bericht, der — und das muß man betonen — nicht nur die persönliche Meinung des Außenministers, sondern die Ansicht der gesamten Re-

gierung zum Ausdruck bringt, ist noch weniger als bisher klar, worin unsere Außenpolitik geändert und revidiert werden müßte.

Ähnlich spricht sich das „Právo Lidu“ aus:

Minister Krofta hat im Abschluß seiner Rundgebung mit Entschiedenheit jeden Versuch des Gedankens der Aenderung der außenpolitischen Konzeption abgewiesen. Aber das bedeutet noch nichts, daß die führenden Faktoren dieses Staates nicht bereit wären, Maßschläge in Dingen anzunehmen, welche bisher noch nicht realisiert worden sind.

„Českoslovo“ schreibt:

Die Darlegung des Außenministers gibt unserer Öffentlichkeit nunmehr die Sicherheit, wie die verantwortlichen Faktoren die Diskussion betrachten, welche über unsere Außenpolitik entstanden ist. Die Diskussion, welche in den Außenausschüssen durchgeführt werden wird, wird auch zeigen, wie über die Richtlinien unserer Außenpolitik jene denken, aus deren Umkreis die Kritik hervorgegangen ist.

Man wird die Debatte im Außenausschuß, die erst nach dem 28. Oktober stattfindet, abwarten müssen, um zu sehen, ob die Agrarier tatsächlich vom Außenminister eine Aenderung seiner Politik verlangen werden.

Studentenkrawalle und tschechische Presse

Während die tschechische Rechtspresse die Studentenkrawalle an der Prager Universität bloß registriert, nehmen einige Linksblätter Stellung.

So schreibt das „Národní Svobozenství“: „Zu den heutigen Vorfällen bemerken wir, daß der akademische Funktionär, welcher nicht die Polizei gegen grobe Gewalttäter ruft, eine

ärgerliche Schändung des akademischen Bodens begeht, als wenn er die Polizei einschreiten ließe. Wir haben das im Vorjahr den Funktionären der Karolinabibliothek gesagt, wir werden auch nicht schweigen, wenn sich die Gewalttätigkeiten an der deutschen Universität ereignen.“

Das „Právo Lidu“ schreibt dazu: „Wir bemerken, daß es zu so wilden Szenen, wie sie sich auf „akademischem“ Boden ereignet haben, nicht kommen darf. Gegen ihre Urheber muß streng eingeschritten werden.“

Abschluß der Herbsttagung der mährisch-schlesischen Landesvertretung

Der Landesvoranschlag für 1937 angenommen

Heute wurde die Debatte über den Landesvoranschlag mit der Spezialausprache über den Investitionsvoranschlag beendet. Zur Diskussion standen noch zahlreiche Vorlagen des Landesauschusses, die in der Mehrzahl ohne Debatte abgestimmt wurden.

Schulabkommen mit Rumänien

In Bukarest wurde ein tschechoslowakisches-rumänisches Schulabkommen unterzeichnet, auf Grund dessen die Schulverwaltungen der beiden Staaten überall dort, wo mindestens 80 Kinder tschechoslowakischer, bzw. rumänischer Nationalität im schulpflichtigen Alter anässig sind, eine Volksschule mit tschechoslowakischer, bzw. rumänischer Unterrichtssprache errichten werden.

Kauft Lose der Arbeiterfürsorge



Ziehung unwiderruflich am 27. Oktober 1936

Aber der Sergeant befahl kurz angebunden: „Nimm die Wade und das Halsbuck, und dann los!“

Simplicio wurde gefesselt und nach Aquila gebracht.

Diese Tatsache hatte sein Ansehen in den Augen aller Casoni der Marica mächtig gesteigert.

„Er spielte den Heiligen“, sagten die Casoni untereinander, wenn sie von ihm sprachen. Er stellte sich taub und bereitete unterdessen die Revolte in Sulmona vor...“

„Aber warum hat er mit Sulmona angefangen und nicht mit uns?“ fragte Sabbatino bei allen herum.

„Wenn er mit Sulmona anfing, so wird er seine Gründe gehabt haben“, antworteten die andern.

„In Sulmona ist die Pulverfabrik!“ flüchtete eines Tages Raffaele Binago hinzu. „Jede Revolution beginnt mit dem Sturm auf die Pulverfabrik...“

Simplicio war diesmal nicht im Gefängnis belassen, sondern auf eine kleine Insel in der Nähe Stigliens deportiert worden.

Das Elend der Casoni stieg immer weiter und es fehlte die Möglichkeit, auszuwandern. Die Gewalttätigkeiten der Herren gegen die Knechte wuchsen ständig und es gab kein Mittel mehr, zu seinem Recht zu gelangen.

„Wenn Simplicio hier wäre!“

„Eines Tages wird er schon zurückkehren!“ vertrösteten einander die Casoni.

Nach einem Jahr Verbannung, nachdem er während eines Jahres die Fischgen, die Fenster, die Türen und die Stühle auf der kleinen Insel ausgediebst hatte, war Simplicio, wegen guter Führung“ begnadigt und in sein Dorf zurückgebracht worden.

(Fortsetzung folgt)

Simplicio Novelle von Ignazio Silone

Copyright by Verlag Oprecht & Helbling, Zürich

Aber die Carabinieri hatten ihn nötig. Er war darum in seinem Dorf geblieben, immer freundlich mit allen, dienstbereit, mitfühlend, voller Ratsschläge für alle Wechselfälle des Lebens, voll guter Worte. Das hatten viele Casoni ausgenutzt, hatten sich von ihm Schreinerarbeiten machen lassen und ihn nicht dafür bezahlt.

„Der Mensch ist fast immer gut!“ hatte er sich beschränkt zu sagen.

Ober:

„Der Mensch könnte gut sein!“

Ober, mit noch größerer Vorsicht:

„Man sagt, daß der Mensch einmal gut war...“

Mit zunehmendem Alter war Simplicio vorsichtiger geworden, er hat nicht mehr von Anarchie gesprochen und nicht auf die Güte der Menschen geschworen. Simplicio hat vom Morgen bis zum Abend in seiner Schreinerwerkstatt gearbeitet und sich um seine eigenen Angelegenheiten gekümmert. Er hat keine Frau genommen, selbst alle Hausarbeit verrichtet und dies hatte ihm eine ganze und weibliche Haltung verliehen.

Aber er war, wegen der Ansichten seiner Umgebung, in den Polizeistellen weiter als gefährliches Element geführt worden. Am Vorabend jeder vatikanländischen Kundgebung haben die Carabinieri des Dorfes weiterhin ein Telegramm an Aquila erhalten mit dem Befehl, Simplicio vor sich zu bringen. Der Sergeant der Carabinieri hat sich in höchst eigener Person und mit immer größerer Höflichkeit dieses Auftrages entledigt.

„Nur eine Formalität“, hat er zu Simplicio gesagt. „eine kleine Formalität... Hunderte von Unglücklichen werden wie du in ganz Italien heute verhaftet...“

„Schon gut, schon gut...“ hatte Simplicio beschwichtigend abgewehrt. „Pflicht ist Pflicht...“

Und ohne sich zu wehren, hatte er die wenigen Tage im Gefängnis verbracht. Das war dreier- oder viermal im Jahr gewesen und der Arrest hatte, je nach den Umständen, zwischen drei und fünf Tagen gedauert. Kaum war das Fest über gewesen, so war Simplicio in Freiheit gesetzt worden und die liberalen Einrichtungen waren unangetastet geblieben. Es war auch vorgekommen, daß die Einrichtungen des Staates geändert wurden, daß in der Stadt eine neue Regierung ans Ruder kam, aber die vorkriegenden Verfassungen waren geblieben. Sie hatten gelegentlich sogar zugenommen, weil eine neue Obrigkeit natürlich auch neue Feste ließ. Die Arrete des Simplicio, so kann man wohl sagen, waren das einzige Echo der städtischen vatikanländischen Feiern gewesen, das im Dorf widerhallte. Wenn hier das Gerücht umfließ, daß Simplicio wieder geholt worden sei, hatten die Casoni daraus geschlossen: In der Stadt muß ein Fest sein!

Simplicio beklagte sich nie. Der Sergeant zeigte ihm das aus Aquila eingetroffene Telegramm und Simplicio sah zu:

„Pflicht ist Pflicht!“

„Im Gefängnis war er respektvoll behandelt worden. Die Frau des Gefängniswärters hatte ihm sogar manchmal eine Tomate in die Mincestra getan und er hatte ihr dafür die Sitzgelegenheiten des Saales geflickt.“

„Der Mensch könnte gut sein!“ meinte dann Simplicio.

„Wenn ich eine Tochter hätte, würde ich sie euch geben!“ versicherte ihm sogar, in einem Anfall von Mitleid, einmal die Frau des Wärters. Aber die Freigeblige hatte keine Tochter.

„Könnten Sie mir nicht eine zweite Tomate

geben?“ wagte Simplicio dagegen vorzuschlagen, indem er die Gelegenheit beim Schopfe nahm. Die Frau sah ihn bestürzt an.

„Noch eine Tomate?... Weißt du denn nicht, was Tomaten kosten?“ Die Tomaten kosteten viel. Alles war teurer geworden. Die Casoni konnten nicht mehr auswandern. Mit der neuen Regierung war das Elend stark gewachsen, fast unerträglich geworden. Die Löhne waren gesunken, die Nacht für die Ländereien dagegen gestiegen. Ein in Mittelitalien berühmtes Gefeb, das die armen Casoni von bestimmten Abgaben befreite, war aufgehoben worden. Dann war ein Ereignis eingetreten, das auf Simplicios Leben einen großen Einfluß bekam. In Sulmona war eine Revolte der Casoni gegen den Robesta ausgebrochen. Die Revolte war in zwei oder drei Tagen mit Gewalt erstickt worden, aber die Regierung war geblieben und hatte sich über die ganze Gegend von Sulmona bis zu den Dörfern der Marica ausgebreitet. Auf der Bahnstation von Simplicios Dorf hatten die Carabinieri im Wort einen Paß verbotener Schriften gefunden, die einen Aufruf an die Casoni enthielten. Alle Nachforschungen nach der Herkunft des Papiers waren vergeblich geblieben. Es war auch schwer festzustellen, für welchen Dorfbewohner es bestimmt gewesen war. Die Carabinieri kannten im ganzen Ort nur einen einzigen Mann, der sich in seinem Leben je mit Politik befaßt hatte, Simplicio. So war er verhaftet worden.

„Ein neues Fest?“ hatte er den Sergeanten gefragt. Aber diesmal war er nicht allein erschienen. Vier Carabinieri waren mit ihm gekommen. Diesmal handelte es sich nicht um ein Fest. Simplicio war gerade dabei gewesen, ein Tischchen für Crescenza Noce zu machen.

„Es fehlen mir nur noch wenige Arbeitsstunden“, hatte er zu den Bewaffneten gesagt. „Bariet hier, bis ich das Tischchen fertig habe und dann könnt ihr mich abführen, wohin ihr wollt...“

Rund um den Rexistenmarsch

Regierung und Brüsseler Rathaus
organisieren die Abwehr

Der für den kommenden Sonntag geplante
Rexisten-Marsch gegen Brüssel hat den belgischen
Ministerpräsidenten van Zeelanb veran-
laßt, in einer Rundfunkansprache am Donner-
stag abends das Verbot dieses Marsches durch die
Regierung zu begründen und in scharfer Weise
gegen die registrierten Treiber eine Stellung zu
nehmen.

De grelle, der Führer der Rexisten,
kündigt täglich höhere Teilnehmerzahlen für sei-
nen Aufmarsch an: Zuletzt nannte er 250.000.
Er wollte 80 Sonderzüge nach Brüssel führen,
das wurde ihm unterjagt. Außerdem wollte er
eine entsprechend große Anzahl Autobusse bereit-
stellen lassen. Daraufhin hat der Bürgermeister
Brüssels, Mag, angeordnet, daß den Autobussen
der Rexisten das Befahren des Brüsseler Stadt-
gebietes untersagt wird. Der Bürgermeister der
Vorstadt Sint Gillis und die Bürgermeister an-
derer Vorstädte haben für ihr Gemeindegebiet
dieselbe Anordnung getroffen.

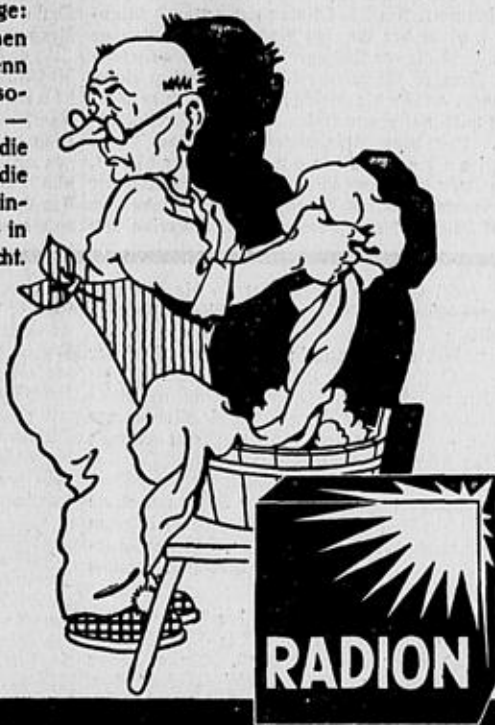
Die Brüsseler Sozialisten sind mit den Vor-
bereitungen für die Abwehr der Rexistenkund-
gebung beschäftigt. Die Abwehr wird von einem
eigenen Komitee geleitet. Die Arbeiter werden
sich in den verschiedenen Volkshäusern verfan-
geln und sodann zu einer großen eigenen Kund-
gebung aufmarschieren.

Generalstäbe der Balkan-Entente beraten

Istanbul. Meldungen aus Ankara bestäti-
gen die Informationen Athener Blätter, daß in
Bukarest in Kürze die Generalstäbe der Staaten
der Balkan-Entente zusammentreffen werden.
Die Blätter erfahren, daß die Beratungen die
Verteidigung der Balkanstaaten und damit zu-
sammenhängende Angelegenheiten betreffen wer-
den.

Wenn Vater waschen müsste

... dann käme nur eines in Frage:
Radion. Es macht das Waschen
leicht - es wäscht allein. Wenn
aber das Waschen mit Radion so-
gar dem Unerfahrenen gelingt -
wieviel mehr Erfolg muß dann die
kluge Hausfrau haben, die die
Gebrauchsanweisung genau ein-
hält und spielend die Wäsche in
einem Vormittag fertig wäscht.



RADION wäscht allein

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Juridische Fakultät gesperrt

Wieder Ehrenworte, die gebrochen wurden

Die Ausschreitungen der Henlein-Studenten
haben Freitag zur Sperrung der juristischen Fa-
kultät geführt.

Als Donnerstag abends bekannt wurde, daß
auch die zweite Vorlesung Prof. Kellens von den
Nazi-Studenten gesperrt werden sollte, trafen die
sozialistischen und demokratischen Hörer Vorbe-
reitungen zur Abwehr. Der Beginn der Vorlesung war
auf 11 Uhr angesetzt, aber schon vor 8 Uhr ver-
sammelten sich zahlreiche Studenten, vor allem Mit-
glieder der Freien Vereinigung sozialistischer Alu-
demiker im Hörsaal, wo sie in vollster Ruhe die An-
kunft Prof. Kellens abwarteten. Im Laufe des Vor-
mittags wuchs dann auch die Zahl der Völkischen
immer mehr, gleichzeitig aber trafen im Fakultäts-
gebäude tschechische Studenten ein, welche die Vor-
lesung besuchen wollten. Da für Freitag Legitima-
tionszwang angeordnet war, mußten alle Nichtjuri-
sten den Hörsaal und die Stiegenhäuser verlassen.
Im Hausflur, zwar noch auf akademischem Boden,
aber vor den kontrollierenden Dekanatsbeamten,
stauten sich lange vor 11 Uhr ungefähr 200 Stu-
denten aller Richtungen, in der Mehrheit jedoch
Sozialisten.

Belehrt durch das Verhalten der akademischen
Behörden am Donnerstag, lehnten es diese ab, das
Gebäude zu verlassen, solange sie nicht die bindende
Zusage erhalten würden, daß die Vorlesung Kellens
nicht gestört werden wird. Der Dekan Prof.
Foltn erklärte daraufhin den Vertretern der sozia-
listischen, kommunistischen und demokratischen Stu-
denten, daß er sich für die Ruhe vers-
bürgt. Dasselbe erklärte ein Sprecher der Hen-
lein-Studenten.

Auf Grund dieser eindeutigen Versicherungen
forderten deutsche und tschechische Redner zum Ver-
lassen des Saales auf. Dies geschah in voll-
ster Ruhe, von deren Zweckmäßigkeit freilich einige
völkische Provokatoren erst überzeugt werden muß-
ten. Die tschechischen Studenten versammelten sich
im Hofe des Dekanatsgebäudes, wo sie die weitere
Entwicklung abwarteten.

Im Innern des Gebäudes wurde inzwischen
ein albern es Ma'n'd b e r veranfaßt, um
die linksgerichteten Hörer von der Vorlesung abzu-
halten und Prof. Kellens ausschließlich vor Natio-
nalsozialisten treten zu lassen. Mit der Begründung,
daß der für den Vortrag bestimmte Hörsaal zu
klein sei, hatte der Dekan die Vorlesung in einen
größeren Saal verlegt und gleichzeitig angeordnet,
daß dort die ersten Ränge für jene Hörer reserviert
bleiben sollten, die bei Kellens instruiert sind. Was
nun folgte, ist vor allem als Beweis dafür zu
werden, welche Vorstellung die Henleinstudenten
von einem gegebenen Wort haben. In den Vor-
tragsaal wurden von den Völkischen ohne Rücksicht
darauf, ob sie bei Kellens instruiert sind, nur ihre
eigenen Leute eingelassen, während die im anderen
Hörsaal wartenden Hörer Kellens f e s t g e h a l-
t e n wurden. Die Völkischen organisierten Sprech-

Die fortschrittlichen Studenten über die Fakultätssperre

Die Vertreter der sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Studentengruppen übermitteln uns folgende Erklärung:

Die Ereignisse am Freitag zeigten, daß die
Stoßtrupp der SDP weder die akademischen Ge-
setze noch die Autorität des Dekans achteten. Trotz
des ehrenwörtlichen Versprechens ihrer Führer,
den würdigen Verlauf der Vorlesung Professor
Kellens nicht zu hindern, bekehrten sie abermals
die Eingangstüren des Hörsaals und hielten meh-
rere Hörer vom Besuch der Vorlesung ab. Trotz
ihres ehrenwörtlichen Versprechens, die Ausschrei-
tungen gegenüber linksgerichteten und jüdischen
Studenten einzustellen, kam es wiederum zu Tät-
lichkeiten gegenüber den Hörern des Herrn Pro-
fessor Dr. Kellens. Es ist sehr bedauerlich, daß
der Dekan, Herr Professor Foltn, diesen Elementen,
denen jedes Verantwortungsbedußtsein
gegenüber der deutschen Universität fehlt, den
Ordnungsdienst übertragen hatte. Angesichts
dieser Vorfälle verfügte der Dekan die Schließung
der Fakultät.

Scharfe Warnung des Schulministeriums

Prag. Der Vertreter des Unterrichts-
ministeriums teilte am Freitag dem Rektor der
Prager deutschen Universität und dem Dekan der
juristischen Fakultät folgendes mit:

„Das Unterrichtsministerium richtet an den
Rektor und den Dekan der juristischen Fakultät
und auch an die Dekane der anderen Fakultäten,
sowie an die gesamte Ökonomie der Deutschen
Universität die letzte Warnung; an die Dekane
und die Ökonomie der anderen Fakultäten außer
der juristischen deshalb, weil sich an den Demon-
strationen auch ihre Hörer beteiligten. Falls sich
die Unruhen heute wiederholen, wird der Unter-
richtsminister die juristische Fakultät sofort schlie-
ßen, was sicherlich schwere Folgen gerade für die
Hörer haben wird. Gleichzeitig behält sich das
Unterrichtsministerium bereits heute neue le g i-
s l a t i v e Eingriffe vor, welche diesen Unruhen
steuern würden.“

Bericht im Ministerrat

Im freitägigen Ministerrat erstattete Mini-
ster für Schulwesen und Volkshochkultur Dr. Fran-
ke Bericht über die Ereignisse an der juristischen
Fakultät der deutschen Universität in Prag. Die-
ser Bericht wurde zur Kenntnis genommen und
das Vorgehen des Ministers für Schulwesen und
Volkshochkultur gebilligt.

Die Minis'er Czech, Spina und Zajček

zu den Vorfällen an der Universität

Zu den Vorfällen, die sich gelegentlich der
Eröffnungsvorlesung des Professors Kellens an
der deutschen Universität zutrugen, erklären die
Minister Dr. Czech, Dr. Spina und Dr. Zajč-
ek, daß sie diese das Ansehen der Hochschule
schwer schädigenden Vorfälle auf das entschie-
denste bedauern und verurteilen. In Anbetracht
der schweren Gefahren, die aus den beklagens-
werten Vorfällen für die Hochschule resultieren,
erheben die genannten Minister ihre war-
n e n d e S t i m m e und machen für alle Fol-

gen, die sich aus den Vorfällen für die deutschen
Hochschulen ergeben könnten, alle schuld-
tragenden Teile verantwortlich.

Die fortschrittlichen Studenten über die Fakultätssperre

Die Vertreter der sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Studentengruppen übermitteln uns folgende Erklärung:

Die Ereignisse am Freitag zeigten, daß die
Stoßtrupp der SDP weder die akademischen Ge-
setze noch die Autorität des Dekans achteten. Trotz
des ehrenwörtlichen Versprechens ihrer Führer,
den würdigen Verlauf der Vorlesung Professor
Kellens nicht zu hindern, bekehrten sie abermals
die Eingangstüren des Hörsaals und hielten meh-
rere Hörer vom Besuch der Vorlesung ab. Trotz
ihres ehrenwörtlichen Versprechens, die Ausschrei-
tungen gegenüber linksgerichteten und jüdischen
Studenten einzustellen, kam es wiederum zu Tät-
lichkeiten gegenüber den Hörern des Herrn Pro-
fessor Dr. Kellens. Es ist sehr bedauerlich, daß
der Dekan, Herr Professor Foltn, diesen Elementen,
denen jedes Verantwortungsbedußtsein
gegenüber der deutschen Universität fehlt, den
Ordnungsdienst übertragen hatte. Angesichts
dieser Vorfälle verfügte der Dekan die Schließung
der Fakultät.

Die deutschen fortschrittlichen Studenten sind
sich der Tragweite dieser Maßnahmen voll bewußt.
Sie sind der Meinung, daß der akademische Ge-
trieb nicht vom guten oder bösen Willen einiger
Nadaumacher abhängen darf. Sie verlangen da-
her die Wiedereröffnung der Vor-
lesungen an der juristischen Fakultät und
r u s s i s c h e s V o r g e h e n gegen
alle Störer. Es muß festgestellt werden,
wer für die ordentliche Abhaltung der Vorlesun-
gen ist und auch bereit ist, diese seine geäußerte
Meinung mit allen Mitteln in die Tat umzusetzen.
Ein hohes Ehrenwort bestimmter völkischer Ver-
treter dürfte allerdings nach den letzten Erfah-
rungen nicht genügen.

Der Herr Dekan möge daher eine öffentliche,
von allen Studenten besuchte Versammlung ein-
berufen, wo eine Ansprache zwischen ihm und
dem Professorenkollegium und den Vertretern
aller Studentengruppen stattfinden soll. Bei die-
ser Besprechung müßte jede der Studentengruppen,
soweit sie gegen eine Fakultätssperre ist, ihre
Vorschläge und Garantien zur Sicherung der Ord-
nung bringen.

Kasseneinbrecher in Pödersam. In der Nacht
auf Donnerstag ertranken unbekannte Täter die
feuersichere Kasse in der Kasse des Bahnhofs-
magazins Pödersam. Die Täter mußten ein drei-
stöckiges Schloß aufbrechen, fanden aber in der Kasse
nur 50 Kč vor. Der Fall wird von der Gendarmerie-
Abteilungstation aus Brüx untersucht. Man ist
der Ansicht, daß die Tat dieselben Einbrecher verübt
haben, welche im September d. J. die Kasse eines
Gutsbesitzers in Poleškov bei Pödersam ausge-
raubt hatten, wobei ihnen 8000 Kč in die Hände
fielen.

Georg Dimitroff kaltgestellt?

(Ru) Mit allem Vorbehalt geben wir die
in Paris kursierenden Gerüchte über die Kalt-
stellung des Generalsekretärs der Komintern
wieder. Dimitroff soll deshalb in Lugnade ge-
fallen sein, weil seine spanische Politik Mißerfolg
erlitten habe! Nach anderen Meldungen soll
Dimitroff nicht nur von seinem Posten ent-
fernt, sondern sogar verhaftet sein. Hartnäckig
erhalten sich auch die Gerüchte über die bevor-
stehende Entlassung von Litwinow. In den
letzten Wochen sind zwei von seinen nächsten Mit-
arbeitern und persönlichen Freunden, Na-
j e w s k y und T s c h l e n o w, verhaftet worden.
Najewskij ist der Herausgeber des dem Volks-
kommissariat für Aufräumarbeiten, in
französischer Sprache erscheinenden „Journal
de Moscou“.

Geheimniskrämerel in Berlin

Berlin. Das abschließende Kommu-
nique über den Aufenthalt des italienischen
Außenministers Ciano in Deutschland dürfte
erst am Sonntag vormittags in München be-
kanntgegeben werden, u. zw. gelegentlich eines
Empfanges der Presse. Die offiziellen Stellen in
Berlin hielten sich nach wie vor über den Besuch
Cianos in Stillschweigen.

Den Informationen des römischen Bericht-
erstatters des Habas-Büros zufolge betrafen die
Berliner Unterredungen folgende Punkte:

- Keine Militärbündnisse und kein Vertrag
ähnlicher Art.
- Berlin und Rom anerkennen die Burgos-
Regierung in Spanien.
- Italien unterstützt das Ersuchen Deutsch-
lands nach Abschluß eines e i n s e i t i g e n
französisch-deutschen Vertrages, der von Italien
und England garantiert wäre.
- Gemeinsames Vorgehen gegenüber dem
Völkerbunde.

Italien wird das deutsche Ansuchen nach
Ausschluß Sowjetrußlands aus den bevorstehenden
Locarno-Verhandlungen unterstützen.

Beide Staaten einigten sich auch über die
wirtschaftliche Durchdringung der Donauraum.
Vorberhand soll n o c h n i c h t über die
Anerkennung des italienischen Kaiserreiches (mit
Abessinien) durch Deutschland verhandelt worden
sein.

Polnische Kommunisten in Moskau hingerichtet

W. Warschau. Nach Nachrichten aus der
USSR steht jetzt fest, welche polnische Kom-
munisten dort erschossen worden sind. Es handelt
sich u. a. um den ehemaligen Rechtsanwalt Do-
ktor W a n d l e r aus Lodz, die ehemaligen Ab-
geordneten C h a s, Alexander S l a t k o f f und
W a l i n, ferner Frau Sofia D o r o z o w a, die
Frau eines Arztes in Przemyśl, und einen Poli-
tiker D a n i l o. Die Gesamtzahl der Hingerich-
teten soll 18 betragen.

Winter abesägt Well er angeblich versagt hat

Wien. Die Rathauskorrespondenz meldet:
Nach Überprüfung der in der Öffentlichkeit er-
hobenen Beschuldigungen hat der Bürgermeister
den dritten Bürgermeister-Stellvertreter Doktor
Ernst Karl W i n t e r von seinem Amte be-
urlaubt. Wie in Rathauskreisen erklärt wird,
wird Winter nicht mehr auf seinen Posten zurück-
kehren. Bürgermeister Schmitz hat die Absicht,
an Stelle Dr. Winters, der der ihm von Dr. Doll-
fuß zugedachten Aufgabe, Mittler zur Arbeiter-
schaft zu sein, sich n i c h t g e w a c h s e n
gezeigt habe, einen w i r k l i c h e n A r b e i-
ter auf den Posten des dritten Bürgermeister-
amtes zu berufen.

Der erste chinesische Gesandte in Prag

Prag. Im Audienzsaal auf der Burg über-
reichte am Freitag der Gesandte L o n e L i a n g,
der erste, den die nationale Regierung der chine-
sischen Republik in der Würde eines außerordent-
lichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers
für die Tschechoslowakei nach Prag entsandt hat,
dem Präsidenten der Republik sein Beglaubig-
ungsschreiben.

In Kürze:

- Danzig. (AP) Die Danziger Werft hat um-
fangreiche Kriegsschiffbauten für Deutschland über-
nommen. In einzelnen Abteilungen wird in drei
Schichten gearbeitet. Die Heranziehung der Dan-
ziger Werft und ihrer Hilfsvermögen erfolgte,
weil die deutsche Flottenrüstung derzeit forciert wird,
daß die deutschen Werften allein nicht mehr im-
stande sind, die Aufträge zu erledigen.
- Madrid. (AP) In Saragossa wurde der Pro-
fessor der Medizin Perez Serrano, einer der be-
kanntesten spanischen Chirurgen, von den Aufständi-
schen erschossen.
- Wien. (AP) Die beiden neuen Rheinbrücken
bei Magau und Speyer, denen eine besondere strate-
gische Bedeutung zukommt, werden 1937 fertigge-
stellt sein.



Ein Leben lang feste und gesunde Zähne!

Nimm auch Du...

KALODONT GEGEN ZAHNSTEIN

In der Tschechoslowakei enthält nur Kalodont das wissenschaftlich anerkannte Sulforzin-Oleat nach Dr. Brünlich und darauf beruht seine einzigartige Wirkung gegen Zahnstein.

Das Ende von Locarno

(Mu.) Wie die englische Presse einmütig zum Ausdruck bringt, sei die deutsche Antwort auf die letzte britische Note bezüglich der Locarno-Konferenz sowohl für England als für Frankreich absolut unannehmbar.

hinfällig, sondern auch der Völkervertrag und insbesondere der berühmte Artikel 16 dieses Paktes über die gegenseitige Unterstützung gegen den Angreifer erledigt. Es scheint, daß man sogar in London keine Hoffnung mehr hat, durch weitere Verhandlungen zu irgendeinem praktischen Abschluß mit Hitler zu kommen.

Bei Halsschmerzen gleich STOMAFORM

Krieges unter den Paktteilnehmern enthalten. Es scheint, daß Berlin lediglich unter dieser Klausel zum Abschluß des Paktes bereit ist.

STOMAFORM HALSPASTILLEN helfen rasch u. verlässlich

Schwierigkeiten stoßen würde, wie die Schaffung eines Westpakt. London sei, nimmt man in Berlin an, nicht gewillt, sich durch das französisch-russische Bündnis in osteuropäische Handel verwickeln zu lassen.

Der Terror in Danzig

Das Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation meldet und: Die Nationalsozialisten in Danzig haben den Verband der Danziger Eisenbahner und Gasen-Ausschubbediensteten aufgelöst, sein Büro ausgeräumt und seinen Sekretär verhaftet.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) hat sofort darauf beim Völkerverbundkommissar in Danzig, beim Völkerverbund selbst und bei der polnischen Regierung telegraphisch protestiert und Aufhebung des Verbots gefordert.

Eines der Vorstandsmitglieder der ITF wird nach Danzig reisen, um an Ort und Stelle zu untersuchen, welche Maßnahmen getroffen werden können.

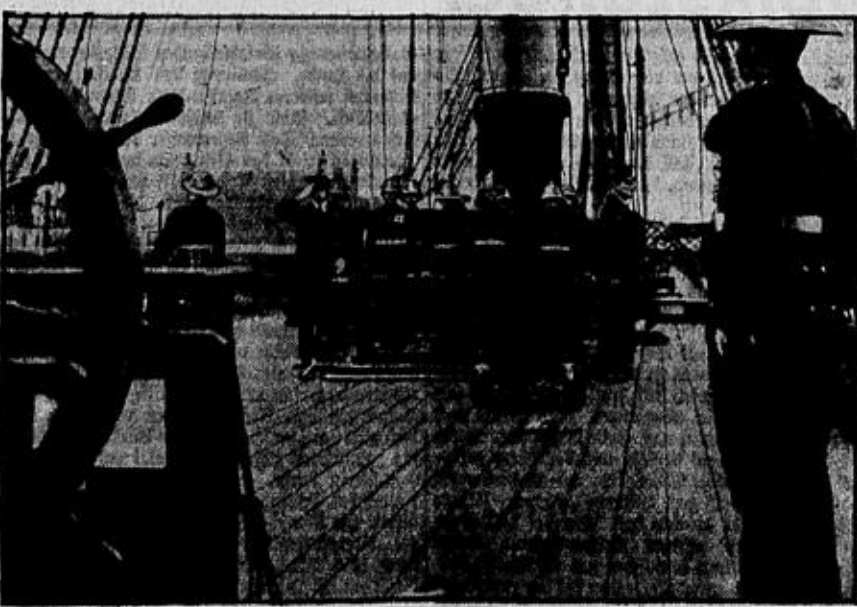
Um den Italienischen Staatsbesuch in Berlin

(Mu.) Wie sich der Pariser „Temps“ aus Rom melden läßt, soll im Ergebnis der gegenwärtigen deutsch-italienischen Verhandlungen ein gemeinsamer diplomatischer Angriff gegen die Sowjetunion und indirekt gegen den französisch-russischen Pakt unternommen werden.

Ein neues Arbeiterblatt in Polen. Im Laufe dieser Woche ist in Warschau die erste Nummer des neuen sozialistischen Blattes „Dziennik Popularny“ erschienen.

Die neue Terrorwelle. In Hannover kam es zu Massenverhaftungen ehemaliger Sozialdemokraten. Unter ihnen befinden sich der frühere Oberbürgermeister Leinert (ehemaliger Landtagspräsident), der frühere Abg. Josef Schaffner, der frühere Bürger

Ergabungene Kolonisation. Binnen kurzem sollen 80.000 italienische Arbeiter, vollkommen ausgerüstet und eingeteilt durch das Arbeiter-Delegament der faschistischen Milizen nach Ostafrika geschickt werden, um dort zunächst verschiedene Arbeiten auszuführen und sich dann anzusiedeln.



England feiert die Seeschlacht von Trafalgar

Anlässlich der Wiederkehr des Tages der Seeschlacht von Trafalgar am 21. Oktober, bei der England einen vollständigen Sieg über die spanische und französische Flotte errang, fand, wie alljährlich, eine Kranzniederlegung an Bord des historischen Flaggenschiffes „Victory“ statt, und zwar an der Stelle, an der Nelson, der berühmte britische Seestratege fiel.

erste Transport der 150.000 Mann, die nach den Beschlüssen des Ministerrats in Abessinien angesiedelt werden sollen.

Danziger Rekruten nach Deutschland. Die italienische Telegraphenagentur Stefani teilt mit, daß ungefähr 4000 junge Danziger in den letzten Wochen zur Dienstleistung nach Deutschland einberufen wurden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Aufstieg der Hüttenproduktion

Die tschechoslowakische Produktion von Roheisen und Rohstahl hat die in den ersten acht Monaten erreichten Monatsziffern im September im wesentlichen halten können.

Table with 3 columns: Year, Roheisen (Tonnen), Rohstahl (Tonnen). Rows for 1936, 1935, 1934, 1933.

Die Rohstahlproduktion hat sich demnach im Vergleich zu 1933 nahezu verdoppelt, während sie bei Roheisen um rund 130 Prozent zugenommen hat.

Beschäftigtenbewegung im tschechischen Gebiet

Bei den 84 Bezirkskrankenversicherungsanstalten, welche im „Zentralverband der Krankenkassen“ vereinigt sind, ist die Zahl der Versicherten im September von 827.747 auf 845.774 gestiegen.

STOMAFORM HALSPASTILLEN für Kö 3.- in Apotheken

2.1 Prozent entspricht. Im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres ist ein Zuwachs von 62.968, das sind 8,04 Prozent, eingetreten.

Die Besserung ist auf die Belebung der Industrie zurückzuführen, und zwar sind es vor allem die Metall-, dann die Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie, die den stärksten Antrieb aufweisen.

Tschechoslowakische Wirtschaftsnachrichten

Ein neuer Tausend-Tonnen-Schleppflahn. Die Praga-Schiffswerft hat einen neuen Tausend-Tonnen-Schleppflahn vom Stapel gelassen, der von der Tschechoslowakischen Elbe-Schiffahrtsgesellschaft in den Dienst des Verkehrs auf der Moldau und der Elbe gestellt werden wird.

Die Novellierung des Kartellgesetzes. Das in Arbeit befindliche neue Kartellgesetz enthält unter anderem die wesentliche Änderung, daß künftig das Kartell erst in der Registrierung im Kartellregister Rechtskraft erlangt.

Aus nichts wird nichts!

Richtig, aber aus schwachem Kaffee wird doch noch etwas Gutes, wenn genügend Franck dazu kommt.

Der Kurs gegen die Arbeiterkammern in Jugoslawien

Der Minister für Sozialpolitik Dragisa Cvetkovic hat in den Arbeiterkammern Kommissare eingesetzt und besondere Untersuchungskommissionen zur Überprüfung der Gebarung und der Tätigkeit der Arbeiterkammern ernannt.

Dieses Vorgehen des Herrn Ministers bedarf einiger Klärung, um die Hintergründe seines Vorgehens zu erkennen:

Die Arbeiterkammern in Jugoslawien, geschaffen mit dem Arbeiterschutzgesetz vom Jahre 1922, sind autonome Körperschaften, die jedoch unter Aufsicht des Ministers für Sozialpolitik stehen.

Die Verwaltungen der Kammern werden von der Arbeiterschaft direkt und geheimer Abstimmung und unter Anwendung des reinen Prozesses gewählt. Die Listenaufstellung ist nur den bei der Kammer registrierten Gewerkschaften erlaubt.

Die letzten Wahlen fanden im Oktober 1933 unter einem unjagbaren Terror des damaligen Diktaturregimes der jugoslawischen nationalen Partei statt.

Die vom Regime unterföhrten nationalistischen und eigens von ihm geschaffenen Gewerkschaften mit faschistischem Einschlag wurden trotz aller Unterföhrung glänzend geschlagen und die Kammern von den freien Gewerkschaften erobert. Eine Ausnahme machte damals Dalmatien, wo die Nazis, verbunden mit den Kommunisten, gemeinsam gegen die Sozialisten Front machten und die Sozialisten beschloffen, sich an den Wahlen überhaupt nicht zu beteiligen.

Nach dem Sturz des naziföhrigen Regimes am 24. Juni 1935, als die Regierung Stojadinovic das Amt übernahm, glaubte man allgemein, daß es nunmehr auch für die Arbeiterschaft mehr Freiheit geben werde.

Wald aber zeigte sich, daß auch dieses Regime der freien Arbeiterbewegung nicht hold gesinnt ist. Vor allem verlegte sich das Regime darauf, im Rahmen seiner Partei, der jugoslawischen radikalen Vereinigung, eine eigene „Arbeiterorganisation“ ins Leben zu rufen. Dieses geschah unter gleichzeitiger Kampfanlage an die freie Gewerkschaftsbewegung.

Leute, die unter dem naziföhrigen Regime der Vorjahre als „Arbeiterföhrer“ eine Rolle spielten, gruppieren sich jetzt um den Minister Cvetkovic, bereit, gegen Entgelt natürlich, Handlangerdienste auch für das neue Regime zu verrichten. Umgeben von diesen überbelebenden Elementen, kommt der Herr Minister in den Versammlungsgen gegen den Marxismus und Sozialismus, gegen Klassenkampf und die Internationale, die Sozialisten als vaterlandslose Gesellen bekämpfend. Da die Beschömpften sich gegen die Angriffe des Herrn Ministers nicht zur Wehr setzen können, bleiben seine Reden unwiderrprochen.

Aus diesen Darlegungen wird es wohl ohne weiteres ersichtlich sein, warum der Herr Minister die Attacke gegen die Kammern reitet. Er glaubt dort die freien Gewerkschaften wunden zu treffen, ihren Einfluß auszuschalten, sich der Kammern zu bemächtigen und dort seine Arbeiterorganisationen in den Sattel zu heben. Die Arbeiterkammern sollten dann eine Art gewerkschaftlichen Erfah und ein Parteibüroverf des Regimes abgeben.

Um erfolgreich zu sein, läßt er jetzt haus-suchen. Vielleicht entdeckt er „Unregelmäßigkeiten“ und wenn nicht das, so wird er halt mit den Gehälfen, Diäten und „Bonzen“ operieren und Stimmung machen. Wenn sich der Gegner infolge der Zensur nicht wehren kann, etwas Viecht dann immer hängen. Öffentlich verkündet er auch, daß die Kammerbudgets alle vom Minister bestöhtigt sind.

Anstatt in die Wahlen zu gehen, da die dreijährige Periode der gewählten Verwaltungen abgelaufen ist, kommen die Kommissariate.

Wie möchlen wissen, wie der Chef der Regierung, Herr Dr. Stojadinovic, zu diesen Dingen steht, dessen demokratische Werten im Ausland besonders betont werden.

